

Gehört die Türkei noch zum Westen?

Perspektiven von Andreas Nick und Taha Özhan

- Das Verhältnis zur Türkei ist stark angespannt. Für Andreas Nick steht fest: Gerade zu einer Zeit, in der die Türkei sich wieder stärker als Teil der islamischen Welt begreift, sollten wir ihre Bindungen zum Westen festigen und weiterentwickeln.
- Taha Özhan argumentiert, dass die Zugehörigkeit der Türkei zum Westen eine geopolitische Frage des 20. Jahrhunderts war, die heute ihre Bedeutung eingebüßt hat. Stattdessen steht der »geopolitische Westen« selbst in Frage.



Foto: Jan Kopetzky

Andreas Nick

Bindungen stärken Die Türkei weder vereinnahmen noch ausgrenzen

Gehört die Türkei noch zum Westen? Eine allzu einfache Antwort liefe Gefahr, entweder als überaus vereinnahmend oder als vollkommen ausgrenzend missverstanden zu werden. Denn die Türkei ist vor allem ein Ort der Begegnung und eine lebendige Brücke zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Um aber dauerhaft stabil und tragfähig zu sein, muss eine Brücke an beiden Ufern gleichermaßen fest verankert sein.

Institutionell ist die Türkei seit Jahrzehnten stark als Teil des Westens eingebunden: Sie ist seit 1949 Mitglied des Europarats, seit 1952 Mitglied der NATO, seit 1961 Mitglied der OECD. Seit 1963 ist die Türkei mit der EU assoziiert, seit 1999 offiziell Beitrittskandidat. Die EU-Beitrittsverhandlungen seit 2005 hatten jedoch eine durchaus ambivalente Wirkung: In der Türkei selbst wurden unrealistische Erwartungen geweckt und damit unweigerlich spätere Enttäuschungen ausgelöst. In den Mitgliedsländern der EU hingegen wurden dadurch die Anforderungen an ein Vollmitglied zum vorrangigen Maßstab für alle Fragen in Bezug auf die Türkei.

Dies erwies sich spätestens dann als zusätzliche Belastung für die Beziehungen, als die innenpolitische Polarisierung in der Türkei eskalierte und das Land sich in Richtung eines zunehmend autoritären Regierungsmodells entwickelte: Von den Gezi-Park-Protesten 2013 über die Wahlen 2015 und das Wiederaufblühen des Konflikts mit der PKK, dem Putschversuch im Juli 2016, dem folgenden Ausnahmezustand, dem Referendum zur Verfassungsänderung und den vorgezogenen Parlaments- und Präsidentenwahlen 2018.

Daraus ergibt sich ein Dilemma: Die innere Verfasstheit der Türkei darf nicht immer stärker im Gegensatz zu ihren eigenen strategischen Interessen geraten – und dazu gehören zweifelsohne gute Beziehungen

mit dem Westen, politisch wie wirtschaftlich. Wir im Westen haben unsererseits weiterhin ein vitales Interesse an einer prosperierenden Türkei mit einer stabilen Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft – und mit einer starken Orientierung nach Westen und Anbindung an Europa.

»Wir im Westen haben ein vitales Interesse an einer prosperierenden Türkei mit einer stabilen Demokratie und einer Anbindung an Europa.«

Mit der sich aktuell zuspitzenden Währungskrise droht nicht nur eine weitere Destabilisierung der Türkei, sondern auch eine Verschärfung der Entfremdung zwischen der Türkei und dem Westen, insbesondere den USA. Sollte die möglicherweise notwendig werdende Inanspruchnahme der Hilfe des IWF aus politischen Gründen nicht zustande kommen, dürfte dies eine Annäherung der Türkei an mögliche andere Geldgeber zur Folge haben.

Der Westen steht im Umgang mit der Türkei auf absehbare Zeit vor der Herausforderung einer schwierigen Doppelstrategie: Auf der einen Seite klar und deutlich Stellung zu beziehen im Hinblick auf grundlegende Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechte – andererseits aber gerade deshalb die Türkei und ihre Menschen nicht aufzugeben, sondern dort, wo es machbar und notwendig ist, Dialog und Zusammenarbeit fortzusetzen – vor allem mit Blick auf die türkische Zivilgesellschaft.

Es wird daher umso mehr darauf ankommen, die vorhandenen Bindungen der Türkei an den Westen zu pflegen und zu stärken – und zwar von beiden Seiten. Denn mit der Mitgliedschaft in der NATO wie im Europarat verbinden sich konkrete Erwartungen:

- Die NATO ist keineswegs nur ein Verteidigungsbündnis, sondern in erster Linie eine Wertegemeinschaft. Allerdings müssen die NATO-Partner, insbesondere die USA, die legitimen Sicherheitsinteressen der Türkei in ihrer schwierigen Nachbarschaft stärker anerkennen und berücksichtigen.
- Gerade der Europarat verfügt über geeignete Instrumente, um die Türkei bei den zentralen Fragen des Schutzes der Menschenrechte, der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der pluralistischen Demokratie zu unterstützen. Es wird entscheidend darauf ankommen, ob und wie die Türkei sich künftig im Hinblick

auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das sogenannte Monitoring-Verfahren der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wie die Empfehlungen der Venedig-Kommission verhält.

Die Vollmitgliedschaft in der EU ist beiderseits keine realistische Perspektive mehr. Es wäre daher an der Zeit, die Grundlagen der Beziehungen neu zu vermessen. Auf absehbare Zeit sollte man sich dabei auf solche Themen konzentrieren, bei denen konkrete Verbesserungen der Beziehungen erreichbar sind. Dies betrifft etwa eine Erweiterung der Zollunion und schrittweise Maßnahmen zur Visa-Liberalisierung (z.B. für Wissenschaftler und Studenten), die Verstärkung des Jugendaustauschs und vermehrte kulturelle Begegnungen – nicht zufällig Maßnahmen, die sich vorrangig an die Zivilgesellschaft richten. Die Türkei ist und bleibt aber ein wichtiger Nachbar und Partner, deshalb sollte dies möglichst im Dialog erfolgen und nicht in Konfrontation.

»Die Vollmitgliedschaft in der EU ist auf absehbare Zeit beiderseits keine realistische Perspektive mehr.«

Gerade zu einer Zeit, da die Türkei sich wieder stärker als Teil der islamischen Welt begreift, sollten wir ihre Bindungen zum Westen festigen und weiterentwickeln. Weder Vereinnahmung noch Ausgrenzung der Türkei sind dafür die richtigen und zeitgemäßen Strategien. Respekt und wechselseitige Wertschätzung im Sinne von Johann Wolfgang von Goethe (»Gottes ist der Orient! Gottes ist der Okzident!«) wären aber hilfreich, um zwischen der Türkei und dem Westen wieder stärker das Verbindende und nicht das Trennende zu suchen.



Taha Özhan

Blick nach vorn

Der »geopolitische Westen« selbst steht in Frage

Die Zugehörigkeit der Türkei zum Westen war eine geopolitische Frage des 20. Jahrhunderts, die heute ihre Bedeutung eingebüßt hat. In einer Zeit, in der diskutiert wird, ob Großbritannien nach dem Brexit noch zu Europa gehört, während die USA die westliche politische und ökonomische Ordnung und Sicherheitsarchitektur unterminieren, die sie jahrzehntelang aufgebaut haben, ist die entscheidende Frage nicht mehr, wer zum westlichen Lager gehört, sondern vielmehr, ob der »geopolitische Westen« als solcher überhaupt noch existiert. Heutzutage ist es fast unmöglich geworden, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen des Westens zu definieren. Entsprechend sollten wir den außenpolitischen und geopolitischen Kurs der Türkei nicht länger durch die Linse von »Achsen« und »Lagern«, also Kategorien des 20. Jahrhunderts, zu beurteilen versuchen.

Heute sind wir zwar in einer neuen Zeit, aber das 20. Jahrhundert ist politisch nicht vorüber. Wir befinden uns in einer klassischen Übergangsperiode. Die globalen politischen und wirtschaftlichen Organisationen und die Mehrheit der Staaten, die heute die UN bilden, entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg. Der geopolitische Westen und die neue türkische Republik sind ebenfalls Ergebnis des 20. Jahrhunderts. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Grenzen der Türkei neu gezogen, wie auch die Beziehungen der Türkei zum Westen nach dem Zweiten Weltkrieg neu geordnet wurden. Ob die Türkei weiter zum westlichen Lager gehört, ist im 21. Jahrhundert schwerer zu beantworten und wurde insbesondere in den Jahren nach 2002 intensiv diskutiert.

Als sich die Türkei 2003 weigerte am US-Einmarsch in den Irak teilzunehmen, schrieben westliche Medien von einer »Verschiebung der außenpolitischen Achse« der Türkei. Der türkische Widerstand gegenüber den USA, der wichtigsten Militärmacht der NATO, überraschte alle Beteiligten. Entgegen der Behauptungen, die Türkei habe ihre West-Orientierung aufgegeben, nahm die Türkei 2004 jedoch Verhandlungen im Rahmen eines EU-Beitrittsverfahrens auf. Bei genauer Betrachtung bestehen die Bereiche und Themen, die die Türkei und den Westen damals zusammenbrachten und die Basis einer Zusammenarbeit bildeten, heute weiterhin fort.

Statt für die momentanen Schwierigkeiten Schuldige in der Türkei oder im Westen zu suchen, sollten wir uns der globalen politischen Krise erinnern, die sich im Nachgang des Arabischen Frühlings mit bedeutenden Auswirkungen auf die türkisch-amerikanischen Beziehungen entwickelt hat.

Entgegen dem offiziellen Diskurs der Regierung Obama und anstatt die Rufe der Bevölkerung in der Region nach Veränderung ernst zu nehmen, bemühten sich die USA um eine Wahrung des regionalen Status quo im Nahen und Mittleren Osten. Schwere Fehler, begangen vor allem in Syrien und Irak, kamen nicht nur der Region, sondern der ganzen Welt teuer zu stehen.

»Entgegen der Behauptungen, die Türkei habe ihre West-Orientierung aufgegeben, nahm das Land in 2004 EU-Beitrittsverhandlungen auf.«

Zwangsläufig war dies eine Belastung für die Beziehungen zwischen Ankara und Washington. Während Russland die Lücke füllte, die die USA in der Region gelassen haben, begann eine neue Phase, die aber wohl nicht von Dauer sein wird. Just in diesem Moment entwickelten sich auch die türkisch-russischen Beziehungen weiter. Als die Migrationskrise und Terrorismus die Türkei und ebenso auch europäische Länder trafen, merkten sowohl die Türkei als auch der Westen allmählich, welcher Preis für die Vernachlässigung dieser Fragen zu zahlen ist. Statt mit Ruhe auf die Krise zu reagieren, wurden viele Entscheidungen ohne Rücksicht auf türkische Befindlichkeiten getroffen.

Verschärfend kamen zwei politische Erdbeben hinzu, die die Türkei und Europa innerhalb eines Monats 2016 trafen.

Zunächst war die britische Entscheidung, aus der EU auszutreten, nicht nur für die EU ein einschneidendes Ereignis, sie hat die Idee der EU als solches in Frage gestellt. Zu einer Zeit als täglich Hunderte Migranten in der Ägäis und im Mittelmeer ertranken und Hunderttausende weitere den Kontinent erreichen wollten, hatten die Nachbeben des Brexit enorme geopolitische Auswirkungen.

»Die historischen, geografischen, demografischen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und Europa bilden die Basis für eine positive Agenda.«

Wenige Wochen darauf traf ein weiteres politisches Erdbeben die Türkei, zu einer Zeit, als das Land weiterhin mit IS und PKK-Terrorismus zu kämpfen hatte. Der blutige fehlgeschlagene Putsch des 15. Juli 2016, für den die türkische Regierung Fethullah Gülen und dessen Anhänger zur Verantwortung zieht, hat die politische Agenda und Prioritäten der Türkei einschneidend verändert. Die zurückhaltende Reaktion Europas und Washingtons auf den Putschversuch hat die Beziehungen zur Türkei weiter belastet.

Zwei Jahre sind seitdem vergangen und es ist sowohl für den Westen als auch für die Türkei an der Zeit, nach den Wahlen mit einer positiven Agenda in die Zukunft zu blicken.

Unabhängig von den Höhen und Tiefen der Beziehung sollte eine Betrachtung der historischen, geografischen, demografischen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und Europa eine ausreichende Basis für eine positive Agenda bilden. Wir müssen erkennen, dass wir die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Westen nicht länger mit den geopolitischen Kategorien des 20. Jahrhunderts analysieren können. Die Welt auf Grundlage von »Lagern« und »Achsen« zu betrachten ist eine veraltete Sichtweise. Eine neue Basis für die Beziehung zwischen der Türkei und dem Westen wird nur bei Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeiten aufgebaut werden können.

Dr. Andreas Nick, MdB, ist Türkei-Berichterstatler der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss und Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Dr. Taha Özhan war bis Juni 2018 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im türkischen Parlament.

Körper Policy Game

Die vorliegenden Beiträge sind im Kontext des Policy Game der Körper-Stiftung zum Thema Türkei entstanden, das am 2. Juli 2018 in Berlin stattfand. Das Körper Policy Game basiert auf der Idee, aktuelle Trends in der Außen- und Sicherheitspolitik in einem fiktiven Zukunftsszenario fortzuschreiben. Eine kleine Gruppe hochrangiger internationaler Experten und Regierungsvertreter diskutiert diese Szenarien und entwickelt mögliche Optionen für politisches Handeln. Das Ziel ist, ein tieferes Verständnis für die Interessen und Prioritäten der beteiligten Akteure sowie Optionen für politisches Handeln zu entwickeln.

<https://www.koerber-stiftung.de/koerber-policy-game>

Körper-Stiftung

Hauptstadtbüro

Pariser Platz 4a

10117 Berlin

Telefon +49 · 30 · 20 62 67 - 60

Telefax +49 · 30 · 20 62 67 - 67

E-Mail ip@koerber-stiftung.de

www.koerber-stiftung.de

www.facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs

Twitter @KoerberIP

Impressum

Herausgeber: Körper-Stiftung, Hamburg

V.i.S.d.P.: Dr. Lothar Dittmer

Leiterin Bereich Internationale Politik: Nora Müller

Redaktion: Liana Fix, Theresa Kirch

Übersetzung: Tim Jack

Gestaltung: Groothuis. Hamburg | groothuis.de

Druck: Druckerei Hans Monno, Barsbüttel

© Körper-Stiftung 2018

Die *Körper Globals* geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autoren wieder.